

Endstation Rückkehrzentrum

Der Kanton lehnt die Härtefallgesuche von 22 Tibetern ab. Nothilfe erhalten die abgewiesenen Asylbewerber nur noch in Rückkehrzentren.

Dienstag 3. März 2020 21:03 von Christoph Aebischer



22 Tibeterinnen und Tibeter reichen im Dezember 2019 ihre Härtefallgesuche ein.
(Bild: Stefan Wermuth)



Christoph Aebischer
@cab1ane

Im Dezember deponierten 22 Tibeterinnen und Tibeter Härtefallgesuche beim bernischen Migrationsamt. Vergeblich. Das Amt verweigert ihnen eine Aufenthaltsbewilligung. Die Bedingungen des Staatssekretariats für Migration (SEM), das Härtefallgesuchen zustimmen müsse, seien nicht erfüllt, schreibt das Amt am Dienstag in einer Mitteilung.

Die Gesuche sind vor dem Hintergrund zu sehen, dass der Kanton Bern abgewiesenen Asylbewerbern ab diesem Sommer nur noch in den drei Zentren Aarwangen, Biel-Bözingen und Gampelen Nothilfe gewährt. Dies soll den Verbleib unattraktiv machen. Gemäss verschärftem nationalen Asylgesetz gibt es für sie auch keine Zukunft in der Schweiz. Aufgenommene Asylbewerber sollen hingegen rascher in die Gesellschaft integriert werden.

Bund gibt Tarif vor

Sicherheitsdirektor Philippe Müller (FDP) befindet sich hier auf einer Linie mit dem SEM und dem Bundesverwaltungsgericht. Nicht alle Kantone handhaben die Situation aber gleich: Zürich leitet solche Gesuche ans SEM weiter – jedoch mit demselben Resultat: Sie scheitern an der mangelhaft belegten Identität.

Wer «unglaubliche Angaben zur Sozialisation in der Volksrepublik China» mache und nicht mithilfe, den Aufenthaltsstatus in einem Drittland wie Indien oder Nepal zu klären, erhalte «in der Regel» einen negativen Asylentscheid, schreibt das SEM auf Anfrage. Daran müsse auch ein Härtefall gemessen werden, betont das bernische Amt für Bevölkerungsdienste (ehemals Migrationsamt).

Allerdings sind Belege schwer zu beschaffen: Die chinesische Botschaft stellt sie entweder nicht aus, oder die Furcht vor Repressalien hält Asylsuchende vor dem Gang auf die Botschaft ab. Deshalb ist das SEM dazu übergegangen, von den Betroffenen Dokumente aus Indien oder Nepal anzufordern, wo sie sich vor der Reise nach Europa oft aufgehalten haben.

«Zynisches» Vorgehen

Für Dagobert Onigkeit ist das keine Verbesserung. Onigkeit hat mit der Arbeitsgruppe Free Swiss Tibetans die 22 Tibeter beim Einreichen ihrer Härtefallgesuche unterstützt. Viele hätten vergeblich versucht, via Indien oder Nepal Papiere zu erhalten. Onigkeit findet es zynisch, wie mit diesen Menschen umgegangen wird: Sie würden bis auf den Beleg ihrer Herkunft alle Anforderungen für eine Aufenthaltsbewilligung erfüllen. Nun würden sie faktisch ohne Perspektive festgesetzt.

43 Tibeterinnen und Tibeter seien im Kanton Bern betroffen. Ein Teil werde privat unterkommen. «Sie erhalten dann aber die Nothilfe von acht Franken pro Tag nicht mehr», sagt Onigkeit. Die anderen müssten wohl oder übel ins Rückkehrzentrum, oder sie reisten illegal in ein anderes Land aus. Würden sie dort aufgegriffen, landeten sie jedoch gemäss Dublin-Abkommen früher oder später wieder hier. Ähnlich wie den Tibetern dürfte es abgewiesenen Eritreern und Afghanen gehen, nimmt Onigkeit an. Denn auch sie könnten aufgrund der Bedrohung in ihrer Heimat nicht zurückgeschafft werden.

Das Schweizerische Flüchtlingshilfswerk unterstützt Onigkeit: «Tragfähige Lösungen» dürften gerade bei Personen, die nicht zurückgewiesen werden könnten, nicht an fehlenden Identitätspapieren scheitern. Es sieht im Gegensatz zum Kanton durchaus einen Ermessensspielraum.

Das SEM betont, Tibeter würden nicht nach China zurückgeschickt. Aber auch eine Ausreise nach Indien und Nepal sei oft nicht umsetzbar. Schuld daran seien die Asylsuchenden, weil sie nicht kooperierten bei der Beschaffung von Reisepapieren.

Dienstag 3. März 2020 21:03 von Christoph Aebischer